Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

die GENO POSITION

Landtagswahl 2026: Genossenschaften gestalten Baden-Württemberg

Genossenschaftlich gegen Ärztemangel – Versorgung in der Fläche sichern

Der Ärztemangel im ländlichen Raum gefährdet die Lebensqualität. Die Genossenschaft bietet eine echte gemeinwohlorientierte Alternative zu renditegetriebenen Investorenmodellen: als partnerschaftliches, regional verankertes Versorgungsmodell mit Zukunft. Die ärztliche Versorgung – besonders im ländlichen Raum – ist längst mitten im Umbruch. Junge Medizinerinnen und Mediziner wünschen sich sichere, kooperative Arbeitsformen statt Einzelpraxis mit wirtschaftlichem Risiko und 24/7-Erreichbarkeit. Schon heute sind im BWGV rund 30 Gesundheitsgenossenschaften aktiv, darunter 15 MVZ-Genossenschaften. Sie zeigen, wie ärztliche Versorgung gemeinsam neu gedacht und nachhaltig gestaltet werden kann. Der BWGV bringt seine Erfahrung und sein Netzwerk ein – für eine stabile, wohnortnahe Versorgung und mehr Gesundheitsverantwortung. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für genossenschaftliche Lösungen.

Kernanliegen

Genossenschaftliche MVZ fördern – wohnortnahe, menschliche und sichere Gesundheitsversorgung gestalten: Die medizinische Versorgung vor Ort ist für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit mehr – gerade auf dem Land. Genossenschaftlich organisierte Medizinische Versorgungszentren (MVZ) bieten eine zukunftsfähige Lösung. Damit sie als echte Alternative unserem Land in der Breite helfen, braucht es ein gezieltes Förderprogramm für landesweite Bekanntmachung und kompetente Beratung. Wir fordern, dass Baden-Württemberg Vorreiter für genossenschaftlich organisierte MVZ wird.

Gründerkreis für MVZ-Genossenschaften erweitern – Zulassungspraxis modernisieren: Auch angestellte Ärztinnen und Ärzte ohne eigene Kassenzulassung sollen MVZ-Genossenschaften mitgründen dürfen – sofern sie vom Zulassungsausschuss zugelassen wurden. Das schafft neue Perspektiven für die Versorgung im ländlichen Raum. Wir fordern, dass die Landesregierung entsprechend Gesetzesänderungen auf Bundesebene durch Bundesratsinitiativen und Anträge unterstützt.

Kommunale Beteiligung an Genossenschaften erleichtern – Einheitliche Genehmigungspraxis schaffen: Die Landesregierung muss für eine landeseinheitliche Auslegung der Kommunalaufsicht sorgen. Wiederholte Einzelprüfungen bei vergleichbarer Sachlage verursachen unnötige Bürokratie und hemmen kommunales Engagement in Genossenschaften.

Gemeinnützigkeit vereinfachen – Rechtssicherheit für soziale Genossenschaften schaffen: Einheitliche Vorgaben für Satzungen stellen sicher, dass die Anerkennung der Gemeinnützigkeit landesweit einheitlich und rechtssicher erfolgt. Das spart Ressourcen und fördert Engagement für soziale Aufgaben.

Gerne erläutern wir unsere Positionen in einem persönlichen Gespräch.

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Nikolas Groß
Leiter Public Affairs
Fon: 0711 222 13-26 02
Mail: nikolas.gross@bwgv-info.de